

Nach der Wahl - was ist zu tun?

Zuerst die Fakten. 1. Gerhard Schröder wirbt zwar um die Stimmen der Arbeitenden, hat aber eindeutig erklärt, er halte seinen Sozialkassenschlag für alternativlos und richtig und werde ihn fortsetzen. Allerdings hat er im Wahlkampf einige „Schmankerln“ versprochen.

2. Angela Merkel hat erklärt, sie werde die „Reformen“ fortsetzen, nur entschiedener. Sie will u.a. „betriebliche Bündnisse“ gesetzlich verankern und damit Gewerkschaften und Betriebsräte radikal schwächen, sie der Gnade der Unternehmen überantworten. und damit die Tarifautonomie aushebeln. Laut CDU-Programm sollen die Löhne im Schnitt um 15 bis 20 Prozent gesenkt werden.

3. Die Bosse, die bisher ihren Genossen Schröder beraten haben, haben ihm durch BDI-Präsidenten Jürgen Thumann am 14. Mai 2005 für seinen „guten Job“ gedankt, haben Herrn von Pierer (Siemens) der Angelika Merkel als Berater attachiert. Schröders bisherige Freunde frühstücken oder treffen sich bei Reitturnieren mit Frau Merkel. Der SPD-Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann geh'n (wie Reichskanzler Hermann Müller 1930).

Vor der Wahl warben Schröder und Merkel um unsere Stimmen und „sprachen“ mit den DGB-Spitzenfunktionären. Leider haben wir Gewerkschafter nicht erfahren, ob unsere Vertreter unsere unabdingbaren Forderungen vorgebracht und welche Schritte sie gegen die

nach der Wahl zu erwartende Kapitaloffensive vorgesehen haben. Hier erhalten wir sehr merkwürdige Signale.

Hubertus Schmoldt, Schröders Lieblingsgewerkschafter (JGBCE) erklärte am 2. September: „Wir werden nach der Wahl das Gespräch mit der neuen Regierung suchen, egal zu welcher Farbkombination es kommt... Bevor man die Leute zum Protest auf die Straße ruft, muß man doch in Ruhe mit den Verantwortlichen reden.“

Gleichzeitig warnte Schmoldt indirekt vor der Linkspartei und den Gewerkschaftern, die sie unterstützen; ihre Aktivität könne zu einer Zerreißprobe für die Einheitsgewerkschaften werden. Logik des Konsensus mit den Unternehmern: Wer die Gewerkschaften zu ihrer (Klassenkampf-)Aufgabe zurückführen will, gefährdet die Einheit.

Michael Sommer erklärte im Radio am 19. Juni, die Gewerkschaften würden sich wehren, sollte eine konservativ-liberale Regierungskoalition die Tarifautonomie schleifen, die Betriebsverfassung reduzieren und den Kündigungsschutz verschlechtern. Wie die Gegenwehr beschaffen sein soll, hat Sommer nicht gesagt.

Jürgen Peters (IGM) drohte mit „Protesten“: „Wir sind finster entschlossen... , notfalls das Bundesverfassungsgericht anzurufen“. - Welche Entschlossenheit - in Wirklichkeit Verzicht auf außerparlamentarische Mobilisierung!

Franz-Josef Möllenberg (NGG) sagte am 8. August: „Wer meint, politische Streiks seien nicht erlaubt, dem sagen wir, wir werden da sehr kreativ sein“.

Frank Bsirske schloß politische Streiks nicht mehr aus! Wenn die Union dies so will, werden wir diese Konflikte nicht scheuen.“

Von den Unternehmern werden diese „Drohungen“ nicht sehr ernst genommen. Die aktiven Gewerkschafter müssen die klaren Pläne der politischen Gehilfen des Kapitals sehr ernst nehmen, ebenso den klaren Willen Schröders, weiter Genosse der Bosse zu bleiben. Die verbalen, oft zweideutigen „Drohungen“ unserer Führungen werden wir nach der Wahl auf die Probe stellen. Ihre „ruhigen Gespräche“ mit Merkel und Schröder zeigen, daß sie keine Mobilisierung und keinen Kampf beabsichtigen. So haben sie es auch nach den Massendemonstrationen des 3. April 2004 gehalten - die IGM-Führung eröffnete eine Unterschriftensammlung für ein Arbeitnehmerbegehren - längst im Papierkorb und vergessen.

Nicht im Parlament wird entschieden, und keine Hilfe ist von der obersten Klassenjustiz zu erwarten. Der Druck von unten - in Betrieb, Gewerkschaft, in den Büros, auf den Arbeitsämtern, auf der Straße muß so stark werden, daß es der nationalen Einheit der prokapitalistischen Fraktionen im Bundestag in den Ohren gellt und daß wir schließlich unsere Führungen zum politischen Streik zwingen. Für diesen Protest müssen die Gewerkschaften sich mit den Organisationen aller Betroffenen in einem Bündnis vereinigen. Nach den Wahlen genügt nicht mehr, das Mündchen zu spitzen, jetzt muß gepfiffen werden.

**Bernd Riexinger
Theodor Bergmann**

„Ein Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend guter Programme“.
(Karl Marx, 1875, Kritik des Gothaer Programms)

Vorschläge zur Jahreskonferenz am 1.10.05 Frankfurt/M.:

- a) **Basis geht vor Überbau**
- b) **Schadet oder nützt uns die Linkspartei?**

Auf der Jahreskonferenz im Januar dieses Jahres in Stuttgart wurde beschlossen, eine Plattform der Gewerkschaftslinken zu erarbeiten und eine Strukturdebatte zu führen. Das ist richtig und gut so und auf der Fortsetzung der Jahreskonferenz am 1. Oktober werden wir über beides diskutieren. Fast alle Teilnehmer im Januar waren der Meinung, daß in Anbetracht des regierungs- und kapitaltreuen Kurses der Gewerkschaftsführungen die Gewerkschaftslinken sich deutlicher in den Gewerkschaften und Betrieben positionieren sollte, das heißt, wir sollten Flagge zeigen!

Punkt 1: Wenn wir über das Allgemeine beraten, die Verbesserung der Struktur auf nationaler Ebene, dürfen wir nicht vergessen, daß das Allgemeine auf dem Besonderen, der Arbeit der Orts- und Regionalgruppen beruht. Die Basis muß im Mittelpunkt stehen.

Ich habe mir die Selbstdarstellungen der Orts- und Regionalgruppen (labournet) ausgedruckt und gelesen. Es gibt: Berlin, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Köln, München, Ost-Westfalen, Ruhr-Koordination, Stuttgart, Wiesbaden. Diese zehn Darstellungen geben ein sehr unterschiedliches Bild wieder. Das kann auch nicht anders sein, denn sie sind aus unterschiedlichen Anlässen und zu

unterschiedlichen Zeiten, vor allem sie sind von unten entstanden, nicht von irgendeiner Zentrale gegründet.

Ich halte es für sinnvoll, daß sich Delegierte möglichst aller Gruppen in aller Ruhe an einem Wochenende treffen, um sich auszutauschen über ihre Erfahrungen beim Gruppenaufbau, über ihre Fehler und Erfolge. Nur so können wir voneinander lernen und im Aus- und Aufbau von Gruppen voran kommen. Dies wäre ein Schritt wirklicher Bewegung!! Wir haben das netzwerk-info. Es kann aber nur Zuarbeit leisten, die Vernetzung entsteht durch reale Treffen! (Ich halte es für

Klaus.Staack hatte noch:

**Die Reichen
müssen noch
reicher
werden**

wählt
christdemokratisch

sinnvoll, auch wenn das schon ein übernehmster Schritt ist, sich in den einzelnen Gruppen Gedanken zu machen wie man Gruppengründungen in anderen Großstädten initiiert und unterstützt!) Wie wollen wir sonst das Ziel, das wir uns gesteckt haben, ein Sammelbecken für kritische und unzufriedene Mitglieder und Nochnicht-Mitglieder zu werden, erreichen?

Punkt II: Die Bedeutung der Linkspartei für die Gewerkschaftslinken

Wie das Entstehen der Gewerkschaftslinken ist die Formierung der Linkspartei Ergebnis der politischen Veränderungen der letzten Jahre, der Frontalangriffe von Kapital und etablierten Parteien auf Löhne und Transferleistungen. Wir sollten die Entwicklung der Linkspartei nicht einfach passiv hinnehmen, sondern unseren Standpunkt erarbeiten, in den Ortsgruppen und auch auf den bundesweiten Treffen. Auch wenn man dieses Parteiensystem als Herrschaftsmethode des Kapitals sieht und die neue Linkspartei als sozialdemokratisch einordnet, muß man sie bewerten vom Standpunkt ihrer Wirkung auf die politische Debatte im Lande. Sie bringt Unruhe in die Einheitsfront von Kapital, Regierung, etablierten Parteien, Medien, Kirchen, Gewerkschaftsführern, Wissenschaftlern, die jahrelang der Bevölkerung einpaukten:

Ihr müßt sparen, (mit Sparen meinen sie Kürzen der Löhne, Renten und Sozialleistungen zugunsten der Reichen); die „Reformen“ müssen sein, es gibt keine Alternative; es muß privatisiert werden.

Eine etwas linke neue sozialdemokratische Partei mit guten Wahlaussichten reicht aus (die PDS allein hatte bisher nie diese Wirkung!) jetzt schon Rückzieher in dem geplanten weiteren Sozialabbau zu bewirken. Kritik an den Verhältnissen kommt wieder in die Medien und nach dem 18.9.05 in den Bundestag. Das

ist eine Verbesserung der Diskussionslage für die Linke und für die Gewerkschaftslinken.

Allerdings: Wir müssen auch die negative Seite sehen, daß viele aktive Kollegen und Kolleginnen bei PDS, WASG u. a. Organisationen organisiert sind und sich nach dem 18.9. für ein stärkeres Parteiengagement entscheiden werden zu Lasten der Arbeit bei der Gewerkschaftslinken.



Die Linkspartei ist zwar entstanden als Reaktion auf die soziale Situation im Lande, jedoch nicht als politischer Arm der bestehenden Basisbewegungen und linken Gruppen. Die Linkspartei ist quasi freischwebend (jedenfalls hier in Westdeutschland) und wird die linken Gruppen, gerade auch linke Gewerkschafter als natürliche und selbstverständliche Basis abfordern. Genau in diesem Verhältnis stehen wir nicht zur Linkspartei. Unsere Aufgabe ist es, eine gewerkschaftliche Opposition aufzubauen und uns mit anderen antikapitalistischen Gruppen zu vernetzen, wodurch eine politische Basis entsteht, deren Sprachrohr eine Linkspartei sein kann. Wir sind keine abrufbare Basis, die zu akklamieren hat.

Wir sollten aber auch deutlich Farbe bekennen, innerhalb unserer Gewerkschaften und als Organisation Gewerkschaftslinken, daß wir mit den inhaltlichen Tagesforderungen der Linkspartei weitgehend übereinstimmen und einen Einzug in den Bundestag begrüßen würden.

**Dieter Wegner
Hamburg, Juli 2005**

Entwurf für eine Plattform der Gewerkschaftslinken

vorgelegt vom Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken (Stand: 15.7.2005) für die Beratungen beim Kongress der Gewerkschaftslinken am 1. Oktober in Frankfurt

Der nachfolgende Entwurf ist kein „konsensuales“ Ergebnis der Diskussionen im Arbeitsausschuss, sondern bildet die größtmögliche Gemeinsamkeit von Positionen einer Mehrheit der bisher an der Diskussion Beteiligten. ~ KollegInnen im Arbeitsausschuss haben Kritikpunkte an diversen Passagen dieses Textes. Der Arbeitsausschuss bittet alle lokalen Gruppen der Gewerkschaftslinken, den nachfolgenden Text am Ort zu diskutieren und die Ergebnisse auf dem Kongress am 1. Oktober einzubringen.

Seit Jahrzehnten bestimmt die Massenarbeitslosigkeit die politischen und sozialen Kräfteverhältnisse in diesem Land mit all ihren Folgen. In Deutschland entwickeln sich Verhältnisse, von denen viele glaubten, sie gehörten der Vergangenheit an. Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik sind auf dem Weg dazu bzw. streben langfristig an,

*** die Flächentarifverträge abzuschaffen oder sie wenigstens möglichst weitgehend durch betriebliche Lohnfestsetzung zu ersetzen, um die Löhne auf breiter Front zu senken,**

*** die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung zu beseitigen oder sie wenigstens möglichst weitgehend zu beschneiden und durch Privatversicherungen zu ersetzen,**

*** die Arbeitslosenversicherung abzuschaffen, ebenfalls das Arbeitslosengeld II oder wenigstens die Arbeitslosenversicherung auf ein Minimum zu beschränken und Arbeitslosengeld II mindestens zu halbieren,**

*** die allgemeine Arbeitszeit auf weit über 40 Stunden auszuweiten oder wenigstens in diese Richtung zu flexibilisieren,**

*** alle staatlichen Leistungen möglichst weitgehend über Gebühren zu finanzieren und die Gewinnsteuer entweder ganz abzuschaffen oder wenigstens auf ein Niveau abzusenken, das weit unterhalb des heutigen ohnehin schon massiv gesenkten Niveaus liegt.**

Die Agenda 2010 und in diesem Zusammenhang die Hartz-Gesetze dienen der Umsetzung dieses langfristigen Programms.

Wir lehnen sie ab.

Unter diesen Bedingungen fällt den DGB-Gewerkschaften eine besondere Verantwortung zu. Noch erreichen sie Millionen abhängig Beschäftigter. Noch verfügen sie über ein gewisses Ansehen und die Masse der KollegInnen betrachten sie noch als das Stärkste, was die Schwachen heute haben. Aber die Anziehungskraft, die Glaubwürdigkeit und die Bindekraft sind in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Der Mitgliederverlust hat beängstigende Ausmaße angenommen. Als wesentliche Gründe für diese kritische Situation stellen wir fest:

Die Führung der DGB-Gewerkschaften

*** akzeptiert Lohnsenkungen auf allgemeiner und betrieblicher Ebene,**

*** unterstützt durch ihre Untätigkeit die Privatisierung der Rentenversicherung,**

*** hat die Hartz-Gesetze in weiten Teilen**

Entwurf Plattform Gewerkschaftslinken ...

begrüßt und ihre schädlichen Wirkungen vertuscht,

* hat den Kampf für Arbeitszeitverkürzung aufgegeben

* setzt sich für die Senkung von Lohnnebenkosten ein, obwohl diese als Teil des Lohnes zu begreifen sind und appelliert an eine angebliche soziale Verantwortung des Kapitals, die es nicht hat. Wir akzeptieren das nicht.

Wir setzen der pausenlosen Propaganda der Medien, der politischen und wissenschaftlichen Fürsprecher des Kapitals entgegen: Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der Rentner oder das „Besitzstandsdenken“ der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals und der Reichen. Wir sind auch nicht bereit, uns gegen unsere Kolleg/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen. Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau und dadurch steigenden Renditen die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Das ist nicht unser Ziel.

Was wir wollen und wofür wir aktiv sind

Unsere wichtigsten Forderungen sind Arbeitszeitverkürzung und Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Durchsetzung beider Forderungen sind die wirksamen Mittel für eine spürbare Verringerung der Massenerwerbslosigkeit

und für die Verhinderung von Billiglöhnen. Kapital und Kabinett betreiben seit Jahren eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Die schon einmal in weiten Bereichen erkämpfte 35-Stundenwoche ist weitgehend zu Makulatur geworden. Dies verringert nicht nur die Lebensqualität der Beschäftigten und untergräbt das Familienleben. Es vergrößert auch das Heer der Erwerbslosen und senkt die Stundenlöhne. Deswegen:

Arbeitszeitverkürzung - Sofortige gesetzliche Festschreibung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und gewerkschaftlicher Kurs auf die 30-Stunden-Woche

* **Der Kampf** für Arbeitszeitverkürzung bei **vollem Lohn- und Personalausgleich muss in allen** Gewerkschaften wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nur wenn die Arbeitszeit in großen Schritten verkürzt wird, kann verhindert werden, dass ihre positiven Folgen durch Arbeitsintensivierung aufgefangen werden und keine Einstellungen erfolgen.

* Keine Zugeständnisse in Sachen Arbeitszeit oder Flexibilisierung. Jede Arbeitszeitverlängerung in einem Bereich ist ein Angriff auf uns alle.

* Gegen die Einrichtung oder Ausdehnung von Langzeitarbeitskonten.

Gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro

Für Millionen arbeitender Menschen ist seit Jahren das Einkommen gesunken. Viele leben am Rande oder unter dem Existenzminimum. Hartz IV fördert das mit seinen Zumutbarkeitsbestimmungen und mit Ein-Euro-Jobs. Dem muss der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn entgegengesetzt werden. Die

untersten Tariflöhne für allgemein verbindlich zu erklären ist vollkommen ungenügend, weil auch viele Tariflöhne unterhalb des Existenzminimums liegen. Wir brauchen einen allgemeinen, für alle Branchen gleichen Mindestlohn. Heute müssen dies wenigstens 10 Euro in der Stunde sein.

Garantiertes Grundeinkommen

Wachsende Erwerbslosigkeit ist kein Ergebnis erhöhter Faulheit der Erwerbslosen, sondern eine notwendige Folge dieses Wirtschaftssystems. Deshalb treten wir für ein ausreichendes Mindesteinkommen für alle Erwerbslosen ein ohne Bedürftigkeitsprüfung. Es müsste sich für Alleinstehende aus einer Regelleistung von 500 Euro (statt jetzt 345 Euro) **plus** Unterkunftskosten und Heizung zusammensetzen.

Kräftige Reallohnsteigerungen bei Tarilkämpfen

Bei tariflichen Kämpfen treten wir ein

* für Festgeldforderungen, auch und gerade, um das Einkommen von Frauen anzuheben. Der Festbetrag muss jedoch so hoch ausfallen, dass auch die oberen Tarifgruppen mindestens einen Inflationsausgleich erhalten.

* gegen Lohnabschlüsse, die teilweise oder ganz von der

Liebe Kollegin,
lieber Kollege,
heute erhältst Du die siebte Ausgabe des Infos der Gewerkschaftslinken. Bitte teile uns baldigst Deine e-mail-Adresse mit, damit wir Dir auch die folgenden Ausgaben des Info zustellen können.

Die Herausgeber

„**Ertragslage**“ der Betriebe abhängig gemacht werden.

* gegen Lohnabschlüsse mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten und

* gegen die Einführung von „leistungs“bezogenen Entgeltbestandteilen im Öffentlichen Dienst, weil damit nur das allgemeine Gehaltsniveau gesenkt und die Konkurrenz angeheizt wird.

Klares Nein zu allen ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen

Mit der Ausdehnung von Leiharbeit, Minijobs, Ein-Euro-Jobs und befristeten Arbeitsverhältnissen hebt das Kapital zunehmend Tarifverträge aus, senkt das Lohnniveau und untergräbt die Arbeitsbedingungen der „Stammebeschäftigten“.

Rente mit 60 Jahren, ohne Abschläge

Die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre ist ein untrennbarer Bestandteil der Arbeitszeitverkürzung, die mit wachsender Produktivität möglich ist. Wir wenden uns gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Wir halten die steigende Lebenserwartung nicht für eine Last, sondern für einen Fortschritt, der aus dem wachsenden gesellschaftlichen Reichtum finanziert werden kann.

Einheitliche, bedarfsdeckende Krankenversicherung

Wir wehren uns dagegen, dass durch Zuzahlungen, Gebühren und Ausgliederung von Leistungen aus der Krankenversicherung das Lohnniveau gesenkt wird. Das Kapital und insbesondere die Versicherungskonzerne streben an, die gesetzliche Krankenversicherung auszuschlachten, um ihre Profitinteressen zu fördern. Wir streben eine

einheitliche Krankenversicherung für alle an. Wir wollen nicht, dass die Gesundheitsversorgung vom Geldbeutel abhängt. Weg mit der Beitragsbemessungsgrenze.

Keine Privatisierung der Sozialversicherungen

Wir lehnen die Formel „Senkung der Lohnnebenkosten“ ab, mit der der Abbau der Sozialversicherung zugunsten der Privatversicherung betrieben wird.

Keine Privatisierung öffentlicher Einrichtungen

Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe, Wasserversorgung, kommunale Wohnungen usw. werden mehr und mehr an private Investoren verkauft. Wir wollen eine ausreichende öffentliche Infrastruktur für alle, die allen zu niedrigen Preisen zugänglich ist.

Uneingeschränkter Zugang zu und Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen

(keine Studiengebühren und andere Gebührenerhöhungen, keine Eliteuniversitäten)

Wir streben die Abschaffung des Dreiklassenschulsystems an. Eine Schule für alle, damit unsere Kinder besser gefördert werden können! Das Schulwesen muss so eingerichtet werden, dass die Kinder der unteren Schichten nicht ausgesiebt werden, sondern alle SchülerInnen sich bestmöglich nach ihren Fähigkeiten entwickeln können. Statt das Studium mehr und mehr den Schmalspurinteressen der zukünftigen Arbeitgeber unterzuordnen, fordern wir auch für die Hochschulen eine allseitige, gebührenfreie Ausbildung!

Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen

Wir treten dafür ein, dass alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten und dass

sie Anspruch darauf haben, in ihrem erlernten Beruf übernommen zu werden. Finanziert werden muss es von den Unternehmen.

Wer soll das bezahlen?

Gewinnsteuersenkungen dienen ausschließlich der privaten Profitmacherei. Wir fordern, dass die Verwendung der Milliarden Steuergeschenke offen gelegt werden muss.

Die Senkung der Körperschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer muß ebenso rückgängig gemacht werden wie die Abschaffung der Vermögenssteuer.

Die Löcher, die durch Senkung der Steuern für das Kapital gerissen werden, werden durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen, die Erhebung von Gebühren für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen sowie Sozial- und Personalabbau notdürftig gestopft.

Unsere Perspektiven und wer wir sind

*Um mehr Druck für unsere Forderungen und Ziele aufzubauen, setzen wir uns dafür ein, dass in den DGB-Gewerkschaften die demokratischen Rechte der Mitglieder vollständig zur Geltung kommen. Insbesondere bei Tariffkämpfen kann es nicht um eine Minimalisierung der Kampfmittel und des Kampfeinsatzes gehen, sondern im Gegenteil um die Einbeziehung möglichst vieler Kolleginnen und Kollegen in den tatsächlichen Kampf. Nur wenn sie die Erfahrung machen, dass es auf sie selbst ankommt, auf ihre Eigenaktivität, werden Engagement und Selbstvertrauen wachsen. Nur auf diesem Wege ist eine politische und



gewerkschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen möglich. Weicht ein Tarifabschluss von der aufgestellten Forderung ab, muss die Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen eingeholt werden.

* Belegschaften werden durch international operierende Konzerne grenzüberschreitend erpresst. Deshalb ist es eine vordringliche Aufgabe, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Belegschaften unbürokratisch aufzubauen, um Schließungspläne von Konzernen abzuwehren. Dazu müssen Netze gewerkschaftlicher Querverbindungen ausgebaut werden bzw. erst aufgebaut werden.

* Wir brauchen Organisationsformen, die geeignet sind, alle Kräfte zusammenzuschließen, die diese Ziele teilen - innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften.



* Wir wollen Solidaritätsaktionen mit kämpfenden Belegschaften organisieren

* Wir rufen auf, Foren innerhalb der Gewerkschaften zu fördern, die allen offen stehen

* Wir setzen uns ein für Bündnisse zwischen Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden und Schülern, Rentnern usw., die auch über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgehen.

Wir sind ein Zusammenschluss von GewerkschafterInnen. Wir wenden uns aktiv gegen alle Bestrebungen, gewerkschaftliche Aktivitäten den Interessen und Zielen des Kapitals unterzuordnen. Wir wollen nicht zusehen, wie die Gewerkschaften als die größten Organisationen der Lohnabhängigen von außen und von innen kampfunfähig gemacht werden.

Wir haben uns an vielen betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen beteiligt. Die Kräfte, die sich uneingeschränkt für die Interessen der Lohnabhängigen gegen das Kapital engagieren, müssen ihre Handlungsfähigkeit bewahren und ausbauen.

Beitrag zur Plattformdiskussion

Politische Krise der Gewerkschaften: Gewerkschaften sind im realen Shareholderkapitalismus nicht angekommen

Der vorliegende Entwurf für eine Plattform der Gewerkschaftslinken ist zu begrüßen, wenn es gelingt die notwendige Debatte über die Perspektiven der G-Linken anzustoßen. So richtig und wichtig alle dort formulierten Forderungen sind, so greift die Analyse zu kurz und im hinteren Teil werden keine Schritte bzw. Handlungsoptionen aufgezeigt, wie denn diese Forderungen durchgesetzt werden können.

Die genannten Gründe (falsche Politik der Führung) für die zurück gehende Bindungskraft sind nicht ausreichend. Ich würde noch folgende weitere Ursachen hinzufügen:

In den Gewerkschaften hat keine oder nur eine unzureichende Auseinandersetzung mit der neuen Formation des Kapitalismus (Shareholderkapitalismus) stattgefunden. Demnach herrscht immer noch mehrheitlich die Illusion vor, die massive Kapitaloffensive möge nur ein vorübergehender Zustand und nicht der neue „Normalfall“ sein. Die Hoffnung, einen neuen sozialen Kompromiss herstellen zu können, wenn auch auf niedrigerer Ebene, beherrscht

nicht nur die Gedanken und Handlungsweisen eines großen Teils der Führung, sondern auch wahrscheinlich der Mehrheit der Betriebsräte und großer Teile der Mitglieder.

Der Strukturwandel der letzten 20 Jahre, verbunden mit der massiven Deregulierung des Arbeitsmarktes hat zu massiven Änderungen der Beschäftigtenzusammensetzung geführt. Eine wachsende Zahl arbeitet in prekären Arbeitsverhältnissen, im Niedriglohnsektor und in Klein- und Mittelbetrieben (die durchaus zu Großkonzernen gehören können). Es ist den Gewerkschaften bisher nicht oder nicht in ausreichendem Maße gelungen diese Beschäftigtengruppen zu

organisieren und zu vertreten. Ähnliches gilt für die Jugendlichen, die bevorzugt in deregulierten Beschäftigungsverhältnissen landen.

Die Gewerkschaften haben keine gesellschaftliche und politische Antwort auf die zunehmende Erpressung des Kapitals durch tatsächliche oder behauptete größere Standortabhängigkeit. Die sog. betrieblichen Bündnisse und der Abschluss von sog. Standortvereinbarungen führen auf der gesellschaftlichen Ebene zur Absenkung der Standards und verschärfen die Krise der Gewerkschaften.

Die zwar schwindende, aber immer noch starke Anbindung großer Teile des Gewerkschaftsapparates an die SPD, die auch Ausdruck der politischen Krise ist (siehe die Gespräche der DGB-Spitze mit Merkel und Schröder) erschweren den Widerstand gegen die Angriffe auf die Sozialsysteme und die politisch verursachte Deregulierung. Interessant ist, dass im Plattformentwurf zum politischen Bündnis Linkspartei/WASG nichts gesagt wird.

Der immer noch stark vorhandene Glaube an Markt und Wettbewerb behindert den entschiedenen Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen oder gar für die Rekommunalisierung/Vergesellschaftung bereits privatisierter Bereiche. Die Position, dass Gesundheit, Bildung, ÖPNV, Altenpflege u.v.a.m. nicht nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisiert werden darf sondern bedarfsorientiert würde, die Gewerkschaften ideologisch aus der Defensive bringen.

Eine weitere Schwäche der Gewerkschaften besteht darin, dass in einer Zeit, in der sich der Kapitalismus Stück für Stück häutet und sich von Wohlstandsgedanken und sozialen Ansprüchen löst, in den Gewerkschaften nicht einmal Ansätze von grundlegender

Kapitalismuskritik und eine Debatte über Alternativen entwickelt haben.

Um aus der politischen Krise herauszukommen und dem Bedeutungsverlust wirkungsvoll entgegenzutreten, ist ein grundlegender politischer Paradigmenwechsel nötig, für den die G-Linke eintreten sollte:

1. Die Gewerkschaften müssen sich bewusst machen, dass es kein zurück zu einem neuen sozialen Kompromiss - zumindest auf absehbare Zeit - mehr gibt. Die Kapitaloffensive ist nur durch entschiedene Gegenwehr und „permanente“ Mobilisierung zu stoppen. Dabei müssen die Gewerkschaften sowohl in Verbindung mit Lohn- als auch bei Arbeitszeitfragen die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt stellen. Spielräume für eine offensivere Gewerkschaftspolitik gibt es nur, wenn an die Gewinne und Vermögen rangegangen wird und Rückumverteilung von oben nach unten zum ernstgemeinten Ziel erhoben wird.

2. Die Gewerkschaften müssen verstärkt die Interessen der prekär Beschäftigten und der Menschen im Niedriglohnbereich vertreten und deren Organisation verstärkt in Angriff nehmen. Der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn kann dafür ein Ansatz sein, ebenso wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Aufbau bzw. die Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung, sowie der Kampf um den Abschluss von Tarifverträgen.

3. Die Gewerkschaften müssen bewusst der Verbetrieblichung entgegenwirken. Die Organisation überbetrieblicher Solidarität zum Erhalt bzw. zur Schaffung einheitlicher Standards ist eine wichtige Antwort auf die betriebliche

Erpressungspolitik. Dem Abbau von Überkapazitäten durch Arbeitsplatzvernichtung kann die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung entgegengesetzt werden.

4. Diese Auseinandersetzung muss mit einer stärkeren Internationalisierung der Gewerkschaften und einer europäisch/internationalen Perspektive einhergehen. Dafür sind konkrete gewerkschaftspolitische Projekte erforderlich, wie gemeinsamer europäischer Kampf um Arbeitszeitverkürzung oder gegen die Privatisierung.

5. Die Gewerkschaften müssen begreifen, dass kaum ein Konflikt mehr gewonnen werden kann, wenn er nicht von ihnen selbst politisiert und zur gesellschaftlichen Frage gemacht wird. Das Kapital macht das übrigens seit Jahren. Kein Tarifkonflikt, der nicht zur Standortfrage erklärt wird oder zum Ruin der Wirtschaft und zur Arbeitsplatzvernichtung führen würde. Als exemplarisches Beispiel kann der Tarifkampf um die Arbeitszeitverkürzung im Osten genommen werden, den die IGM als Tarifkonflikt und die Arbeitgeber als politischen Konflikt führten. Wenn z.B. ver.di den Konflikt mit den öffentlichen Arbeitgebern um die Arbeitszeitverlängerung gewinnen will, muss sie ihn zu einem gesellschaftlichen machen (öffentliche Arbeitgeber vernichten Arbeitsplätze und Zukunftschancen für die Jugend).

6. Die Gewerkschaften müssen ihr politisches Mandat offensiv wahrnehmen. Ohne eine Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen werden die tarif- und betriebspolitischen Spielräume enger. Politische

Forderungen an die Parteien und Regierung werden nicht in erster Linie durch Lobby-Arbeit, sondern durch außerparlamentarische Mobilisierung durchgesetzt. Die Tabuisierung des politischen Streiks muss beendet werden. Im Umgang mit dem in Kürze zu erwartendem Regierungsprogramm wird sich zeigen, wie es die Gewerkschaften mit ihrem politischen Mandat halten wollen.

7. Der Kampf gegen Privatisierung ist in besonderem Maße geeignet, die Interessen der Beschäftigten mit denen der betroffenen Bürger/innen zu verbinden und beide für den Erhalt oder den Ausbau öffentlicher Einrichtungen zu mobilisieren.

8. Die Gewerkschaften müssen sich inhaltlich und praktisch auf Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen einlassen. Dazu gehören Erwerbslosenverbände, GlobalisierungskritikerInnen, Bürgerinitiativen, Sozialforen und politische Gruppen. Dazu gehört die Bereitschaft, sich in einem offenen Diskussionsprozess auf gemeinsame Interessen und Ziele zu verständigen und auf Majorisierung und Bevormundung zu verzichten.

9. Die Gewerkschaften dürfen sich nicht mit dem real-existierenden-Kapitalismus arrangieren, sondern müssen sich daran beteiligen) eine Vision, ein Zukunftsbild von einer solidarischen, sozialen, demokratischen und ökologischen Gesellschaft zu entwickeln. Die demokratische Kontrolle der Wirtschaft, nicht mit der Mitbestimmung in Aufsichtsräten zu verwechseln, müsste ein Bestandteil davon sein.

Bernd Riexinger

Tarifpolitik der IGM: Wohin sollte der Weg gehen?

Vom 20. bis 23. Oktober findet die bundesweite tarifpolitische Konferenz der IGM statt. Seit Juli gibt es ein Diskussionspapier des IG Metall Vorstandes Fachbereich Tarifpolitik zur Vorbereitung dieser Konferenz:

“Thesen zur Tarifpolitik – im Spannungsfeld von Fläche und Betrieb – Zukunftsfrage solidarischer Tarifpolitik”.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag gab es sehr kontroverse Meinungen zu der stetigen Verbetrieblung der Tarifpolitik. Dieses Papier, sowie die Konferenz, ist ein erneuter Versuch, diese Verbetrieblung in der IGM zu etablieren. Hier einige kritische Anmerkungen zu diesem Papier.

Aktivierung der Mitglieder

Im Papier wird immer wieder die Notwendigkeit für “gezielte Maßnahmen zur Gewinnung, Einbeziehung und Aktivierung der Mitglieder” betont, eine “stärkere Einbindung der Mitglieder in die tarifpolitischen Prozesse” vorgeschlagen. Dies ist eine begrüßenswerte Wende, wurde doch in den letzten Jahrzehnten eher die Linie der “Stellvertreterpolitik” verfolgt. Doch diese Aktivierung ist verbunden mit einer stärkeren Orientierung auf die Betriebspolitik.

Betriebliche Handlungsfähigkeit contra Gewerkschaft

Dazu gehört die “Weiterentwicklung von tarifpolitischer Kompetenz auf betrieblicher Ebene”. “Die Erhöhung der betriebspolitischen Handlungsfähigkeit der IGM” wird “zum absoluten k.o.-Kriterium” erklärt. Sicher liegt eine wichtige Stärke der Gewerkschaften in der betrieblichen Handlungsfähigkeit, aber entscheidender ist doch allemal, wie stark die **gewerkschaftliche** Handlungsfähigkeit ist, denn mit ihr setzen wir tarifliche Standards durch, die in der Fläche gelten und eine breite Wirkung entfalten.

Vor 120, 130 Jahren war die Arbeiterbewegung auf dem Stand, dass Kämpfe nur auf betrieblicher Ebene geführt

werden konnten, da es noch keine landesweiten Gewerkschaftsorganisationen gab. Eine wichtige Erkenntnis war damals, dass die Arbeiter stärker sind, wenn sie sich in Gewerkschaften zusammenschließen und gemeinsam koordinierte Kämpfe führen. So schrieben im Jahre 1890 leitende Vertrauensmänner von fünf Branchen der Metallindustrie in einem Aufruf, “demnächst eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsorganisationen einzuberufen ... Denn eine wirksame Verteidigung gegen die Angriffe des protzigen Unternehmertums wird nur durch ein einmütiges Handeln sämtlicher in Gewerkschaften organisierter deutscher Arbeiter möglich sein.” Dieser Aufruf und die Konferenz war die Geburtsstunde von landesweiten Gewerkschaften, und die Begründung ist heute noch genauso richtig wie damals. Allerdings bräuchten wir heute die gewerkschaftliche Vereinigung auf europäischer und internationaler Ebene.

An keiner Stelle im Papier findet sich ein Hinweis, was gegen die betriebliche Erpressungspolitik des Kapitals zur “Sicherung des Standorts” nötig wäre. Kein Wort von gegenseitiger Unterstützung, von Soli-Aktionen, von gemeinsamen Streiks – genau das wäre doch aber notwendig, um ein Ausfransen der Flächentarife durch Standorterpressungen zu verhindern. Ein “Umkämpfen von

Abweichungen mit dem Ziel der Begrenzung und Befristung" oder die "Bildung von betrieblichen Tariffkommissionen" führt nicht zum Erhalt oder zur Stärkung des Flächentarifs.

Denn: Im Betrieb sind wir wesentlich leichter erpressbar als in der Fläche. Das zeigt die Entwicklung in den letzten Jahren, in denen ein wesentlicher tarifpolitischer Trend die zunehmende Verbetrieblichung war. Die Auseinandersetzungen um Einkommen und Arbeitszeit verlagerten sich immer mehr auf die Ebene der Betriebe. Waren 1981 noch 75% der firmenbezogenen Abschlüsse praktisch identisch oder mindestens wertgleich mit dem jeweiligen Verbandstarif, so hat sich bis Ende 2003 dieses Verhältnis umgekehrt: ca. 70 % der Abschlüsse enthielten Abweichungen **unter** das Flächentarifniveau.

Viele Betriebsräte sehen deshalb die Verbetrieblichung sehr skeptisch: Laut einer aktuellen WSI-Umfrage finden 53 Prozent dies als "generell problematisch", weitere 30 Prozent sehen dies "zwiespältig". Lediglich 12 Prozent nennen die Entwicklung "begrüßenswert". Im Vergleich zu 2002 ist der Anteil der positiven Bewertungen gesunken.

Eine weitere Erosion des FTV verhindern wir durch das Aufbauen einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Abwehrfront gegen die einzelbetriebliche Nadelstichtaktik des Kapitals.

Die Betriebsbezogenheit ist aber nicht nur eine Frage der Kampfkraft, sondern auch der Orientierung auf die Konkurrenzsituation der einzelnen Unternehmen. Die Aufgabe der Gewerkschaften muss es sein, das Konkurrenzdenken, das von der Kapitaleseite ständig propagiert wird, auf Seiten der Beschäftigten zu überwinden.

Welche gewerkschaftlichen Ziele sollten im Mittelpunkt stehen?

An inhaltlichen Zielsetzungen wird in dem Papier neben der "Regulierung der Kernnormen, Entgelt und Arbeitszeit andere qualitative Fragen in der Gestaltung des Arbeitslebens" als an Bedeutung gewinnend genannt. "Hierzu zählen Themen wie die Ausgestaltung von Flexibilisierung (zeitlich, betrieblich, überbetrieblich), der Qualifizierung, der Leistung, des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der demographischen Entwicklung..." Dies sind sicher keine Kernforderungen, um die Gewerkschaft von der Defensive in die Offensive zu bringen, um die Erpressbarkeit durch die Massenarbeitslosigkeit einzudämmen, um das Absinken in Niedriglöhne zu verhindern und um die Kampffähigkeit wieder herzustellen. Dazu braucht es klare Ziele wie einen gesetzlichen Mindestlohn, ein garantiertes Grundeinkommen, ein Zurückdrängen von ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen sowie weitere Arbeitszeitverkürzungen .



Schaffen wir es, Aktionen für diese Ziele durchzuführen, ist die "Gewinnung, Einbeziehung und Aktivierung der Mitglieder" ein Selbstläufer.

Neue Aktionsformen

Verbinden wir dies noch mit neuen Aktionsformen, wie es bereits verschiedene Belegschaften vormachten, können wir weit kampffähiger werden. Beispiele sind
-die Blockade der Bundesstrasse 10 in Stuttgart letzten Sommer durch die

DaimlerChrysler-KollegInnen aus Mettingen,
- die einwöchige Besetzung des Opel-Werkes in Bochum letzten Herbst,
- die einwöchige Betriebsversammlung bei Alstom in Mannheim dieses Jahr,
- die kollektive Pinkelpause bei Porsche in Zuffenhausen dieses Jahr.

Dies waren alles wirksame und sinnvolle Aktionen gegen Standorterpressungen. Diese Aktionen hatten ein positives Medienecho, führten zur Solidarisierung (insbesondere sehr ausgeprägt beim Opelstreik) mit anderen Belegschaften und Bevölkerungsteilen und zur Ermutigung nicht nur der direkt kämpfenden Belegschaften, sondern insgesamt in den Gewerkschaften.

Gesellschaftspolitische Ebene in gewerkschaftliche Arbeit einbeziehen

In dem Papier wird richtig festgestellt, dass "von den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Änderungen, wie der Agenda 2010 und von anstehenden EU-Neuregelungen (z. B. Dienstleistungsrichtlinie) wesentliche Rückwirkungen auf die tarifpolitische Gestaltungskraft ausgehen". Doch auch hier findet sich keine Strategie im Papier, außer dass dieser "Zusammenhang in die politische Debatte eingebracht werden" soll. Auch da finden sich in der Plattform der Gewerkschaftslinken Ziele, wie Ablehnung der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze, keine Privatisierung der Sozialversicherungen und der öffentlichen Einrichtungen, Rente mit 60 usw.

Fazit

Diese Ansätze der Solidarisierung, der neuen Aktionsformen und die gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Ziele weiter zu entwickeln, sich auf europäischer und internationaler Ebene gewerkschaftlich zu vernetzen, europaweit für die gleichen Ziele zu streiken, ist im Zeitalter der Globalisierung und des Neoliberalismus unabdingbar. Die "Sicherung der Tarifautonomie" als externer Schwerpunkt und die Erhöhung der Tariffähigkeit" als interne Schwerpunktsetzung ist sicher nicht falsch, aber auch nicht genug, angesichts des Generalangriffs von Kapital und Staat.

Christa Hourani

Das Diskussionspapier des IG Metall-Vorstandes findet ihr im Labournet unter:

<http://www.labournet.de/diskussion/gewerkschaft/tarifpolitik/igm05.pdf>

Dialog mit der Linkspartei

Die örtliche Gewerkschaftslinker (Forum gewerkschaftliche Gegenmacht – Wiesbaden) hatte für den 7.9.05 zu einer Diskussionsveranstaltung mit zwei Vertretern der Linkspartei eingeladen. Titel der Veranstaltung: "Was erwarten kritische GewerkschafterInnen von der Linkspartei? – Was will die Linkspartei?" Als Vertreter des Parteivorstands sprach Bodo Ramelow; die örtliche Gliederung war durch den (parteilosen) Direktkandidaten der Linkspartei, Hartmut Bohrer (Stadtverordneter der Linken Liste), vertreten.



Mit über 100 TeilnehmerInnen war die Veranstaltung für Wiesbadener Verhältnisse außerordentlich gut besucht. Alle Anwesenden waren erfreut über den solidarischen Umgangston auch dort, wo Differenzen sichtbar wurden.

Gemeinsamkeiten und Differenzen

Wir hatten vom Forum aus drei Fragenblöcke vorbereitet, die wir den beiden Hauptrednern stellten. Ganz bewusst hatten wir uns auf die Fragen konzentriert, die uns heute in Betrieb und Gewerkschaft am meisten beschäftigen. Die Ausführungen der Vertreter der Linkspartei waren durchweg informativ und an keiner Stelle ausweichend. Unnötig zu betonen, dass in einer ganzen Reihe von grundlegenden

Fragen weitgehende Übereinstimmung zwischen den Veranstaltern, dem Referenten und dem Publikum bestand.

Differenzen zwischen den Forumsvertretern und der Linkspartei wurden an folgenden Fragen sichtbar, wobei auch das Publikum bei diesen Fragen (in unterschiedlichem Maße) geteilter Meinung war.

1. Auf die Frage, ob die Linkspartei bereit sei, z. B. mit Aktionen zivilen Ungehorsams Aktivitäten gegen Einrichtungen zu unterstützen, die 1-Euro-Jobs anbieten, antwortete Bodo Ramelow sinngemäß: Das könne er nicht unterstützen, weil er in seiner Region (Thüringen) ständig mit vielen Menschen zu tun habe, die sich händelnd um 1-Euro-Jobs bemühen. Den Leuten dort ginge es viel zu dreckig, als dass sie freiwillig auf diese

Einkommensverbesserung verzichten würden. Er kenne z. B. PDS-Bürgermeister (mit über 80% wiedergewählt), die aufgrund der knappen Finanzmittel keine andere Möglichkeiten sähen, die notwendigen Aufgaben zu bewältigen. Die Linkspartei schlage die "Kapitalisierung" der Ausgaben für die 1-Euro-Jobs vor, so dass mehr Sozialversicherungsbeiträge und mehr Auszahlungen geleistet werden können. Schließlich koste ein 1-Euro-Job im Schnitt den Staat insgesamt 1500 Euro im Monat. (An dieser Zahl und an den

"Kapitalisierungs"vorstellungen wurden Zweifel geäußert, aber nicht im Detail ausdiskutiert).

Hier war ganz klar die Sorge um eine "realistische" Politik auf kommunaler und Länderebene zu spüren. Einigen von uns wurde an dieser Stelle deutlich, wie unterschiedlich Teile der

Linken an die vom Kapitalismus erzeugten Realitäten herangehen. Akzeptiert mensch den Rahmen und macht – vom Regierungs- und Verwaltungsapparat aus – das Beste draus, oder versucht mensch eine breite Abwehrfront aufzubauen, die alle Zumutungen bekämpft, und zwar unabhängig davon, ob die sich daraus ergebenden Alternativen oder Schlussfolgerungen mit dem herrschenden System vereinbar sind oder nicht?

2. Die Frage, ob es nicht sinnvoll sei, sich bei der Forderung nach einem Mindestlohn an der Pfändungsfreigrenze zu orientieren (aktuell liegt sie, wie Bodo Ramelow hervorhob, bei 990 Euro netto), wehrte Bodo Ramelow damit ab, dass im Parteiprogramm jetzt 1400 Euro brutto beschlossen sei, dass es aber auf diese genaue Zahl gar nicht ankomme, denn im Osten Deutschlands verdienen viele Beschäftigte – sogar dort, wo es Tarifverträge gibt – deutlich unter 6 Euro, stellenweise sogar unter 4 Euro. Hauptsache es werde endlich mal ein Mindestlohn eingeführt; denn selbst die Handwerker oder sonstige Kleinbetriebe wollen ihn, weil sie nicht ständig unterboten werden wollen. Dem hielten wir entgegen, dass ein Mindestlohn so hoch sein muss, dass er nicht als Orientierung nach unten dienen kann und dass damit in jedem Fall ein menschenwürdiges Leben in der BRD geführt werden kann. Gerade ein für ganz Deutschland gemeinsam geltender Mindestlohn kann mobilisierend und die Bewegung vereinheitlichend wirken. Außerdem sollte mensch ihn auf die Stunde beziehen, am besten 10 Euro in der Stunde, denn die Länger der Arbeitszeit sei schließlich entscheidend.

3. Mindestens ebenso deutlich waren die Differenzen in Sachen Arbeitszeitverkürzung. Wir

vertreten den Standpunkt, dass er bei vollem Lohnausgleich stattfinden muss. Die Linkspartei hat die Formulierung "bei angemessenem Lohnausgleich" beschlossen. Bodo Ramelow begründete dies damit, dass nach seiner Ansicht die höheren Gehaltsgruppen keinen vollen Lohnausgleich benötigen. Wir verwiesen darauf, dass Unklarheiten bei der Verlässlichkeit der Gewerkschaften in ihrem Engagement für einen vollen Lohnausgleich die Mobilisierung in den Betrieben grundsätzlich gefährdet. Es sei an dieser Stelle betont, dass der örtliche (parteilose) Direktkandidat Hartmut Bohrer diese unsere Position ausdrücklich unterstützte.

4. Wenig ausdiskutiert wurden Bodo Ramelows Ausführungen zu der von der Linkspartei angestrebten Regierungsbeteiligung: "...nicht in der kommenden Legislaturperiode; jetzt ist erst mal Opposition angesagt; aber grundsätzlich drücken wir uns nicht vor der Verantwortung. Wir streben eine Veränderung über

lebhaften Applaus deutlich geteilt. Wie die Gespräche in den darauf folgenden Tagen zeigten. Nicht wenige KollegInnen hatten bei diesem Teil der Ausführungen erhebliche Bauchschmerzen.

Fortsetzung geplant

Allein wegen des über zweieinhalb Stunden sehr informativen Gehalts und aufgrund des solidarischen und offenen Umgangs ist unter den Gewerkschaftslinken am Ort eine Fortsetzung der Diskussion ins Auge gefasst. Denkbar ist etwa der Zeitraum Februar-März 2006, also nach etwa 100 Tagen Oppositionsarbeit im Bundestag und im Vorfeld der für das Frühjahr vorgesehenen außerparlamentarischen Mobilisierung, wie sie hoffentlich beim "APO-Kongress" am 19. 20 November in Frankfurt beschlossen wird.

Jakob Schäfer



eine vermehrte Beteiligung an Länderregierungen an. Dann werden sich auch im Bund die Voraussetzungen ändern lassen." Hier war der an vielen Stellen seiner sonstigen Ausführungen doch sehr

Die Erpressung mit der Auslagerungsdrohung

In einer großen Zahl von Betrieben erleben wir heute die Drohung des Managements: wenn die Belegschaft nicht zu Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Verzicht auf viele „Vergünstigungen“ (= bisherige Leistungen) bereit sei, müsse die Betriebsleitung zum großen eigenen Bedauern die Produktion in Länder mit günstigeren Standortbedingungen verlagern. In der Ukraine Bulgarien... seien Löhne, „Lohnnebenkosten“, Steuern viel niedriger. Die Leitungen vieler unserer Gewerkschaften haben mit der „rot-grünen“ Regierung akzeptiert, dass wir für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie mitverantwortlich sind. Dieses Denken und Handeln muss zum Lohndumping führen, zur Konkurrenz mit unseren KollegInnen in Europa und in der Welt; es ist das genau das Gegenteil der Solidarität, die zu schaffen und zu erhalten vornehmste Aufgabe unserer Organisationen ist und ihr Lebenszweck war und weiterhin sein muss.

Auch manche Betriebsratsführer - keineswegs alle Betriebsräte - haben diese Mitverantwortung verinnerlicht.

Sofort überfällt die Angst angesichts der lang andauernden Massenarbeitslosigkeit die noch in Arbeit Stehenden. Von ihren Gewerkschaftsführern allein gelassen, eingeklemmt zwischen der Angst der Kollegen und der Drohung des Unternehmers, neigen viele, auch klassenbewusste Betriebsräte zum Nachgeben, zur Politik des kleineren Übels. Denn es fehlt uns eine Gegenstrategie in der BRD.

Nicht immer ist die Drohung realistisch; es gibt Fälle, leerer, aber nicht durchschaubarer Drohungen. So meinte die International Herald Tribune am 16. 9. 2004 bei Beginn der „Verhandlungen“ mit der IG Metall, VW Wolfsburg habe ja ein großes Netzwerk von Zulieferern und Logistik-Unternehmen, die nur in längerer Zeit, in mehreren Jahren ausgelagert werden können. Die Industrieberatungsfirma Autopolis (London) erklärte: „Wenn VW sagt, sie würden alle diese Arbeiten nach China oder Osteuropa auslagern, so sind die Chancen minimal. Man kann nicht die Mutterfabrik verpflanzen, ohne das ganze Netzwerk zu zerstören“

Aber schon die Drohung wirkt lähmend auf den Widerstandswillen. Sie ist oft „versüßt“ mit allerlei zweifelhaften Versprechungen: Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen, Arbeitsplatzgarantie für zwei oder mehr Jahre. Aber jedes Nachgeben erhöht den Appetit, die Profitgier der Unternehmer; eine Abwärtsspirale wird in Gang gesetzt. Und wie oft erweisen sich die Versprechungen als wertlos! Siehe etwa die Handysparte des Weltkonzerns Siemens, die trotz der Konzessionen der Beschäftigten verkauft wurde, wodurch die Arbeitsplatzgarantie nichtig wurde.

Wir befinden uns in einer doppelten Krise - sie ist zyklisch und strukturell, und die Bourgeoisie nutzt sie für eine breit angelegte Offensive. Was ist zu tun?

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: Den Unternehmern sind Krise und Massenarbeitslosigkeit willkommen, weil sie unsere

Abwehrmöglichkeiten mindern, solange die Arbeitenden und die Erwerbslosen alles akzeptieren und stillhalten. Wenn sie unsere Abwehrmöglichkeiten auch keineswegs völlig beseitigen „Bündnisse für Beschäftigung“ unseligen Angedenkens sind für die andere Seite schnell angelegte Fesseln für die Arbeiter und ihre Organisationen.

Als erstes müssen wir im Betrieb feststellen, ob wirklich Exportschwierigkeiten bestehen, sodann, wie hoch die Gewinne sind. Das ist zu kontrollieren, nicht zu glauben, bevor verhandelt wird. Sodann ist zu fragen, warum die bisherigen Profite und Dividenden nicht genügen. Hier kann als erstes gekürzt werden. Wenn Firmen Milliarden für Firmenzukäufe im Ausland übrig haben, oft auch in den Sand setzen (Daimler-Chrysler, Münchner Rück, Deutsche Bank, Hypovereinsbank - und wer noch!) oder gar in Milliarden-Spekulationen verlieren, ist dort anzusetzen. Wenn aber die Manager hart bleiben, müssen die Beschäftigten die Verfügung über die Produktionsmittel und die Produktion erkämpfen, den Abtransport ihrer Arbeitsmittel verhindern und Manager, „Investoren“ und Aktionäre in jene Länder auslagern, wo „der Standort günstiger“ ist. Dann sollten aus Arbeitsplatzbesitzern Fabrikbesitzer werden.

Ein weiteres Problem ist der ständige Wandel der Wirtschaftsstruktur. Auf Dauer können die über 80 Prozent der Weltbevölkerung, die nicht in den wenigen Industrieländern leben, nicht in ihrem gegenwärtigen Zustand verharren: Sie liefern bisher billige Rohstoffe und kaufen teure Industrieprodukte. D. h. allmählich muss sich die deutsche Wirtschaft umstellen.

In keinem Fall ist denkbar, selbst bei schnellem und hohem Wachstum, dass alle Erwerbslosen weiter überwiegend Exportgüter produzieren, und zwar in solchen Mengen, dass die Erwerbslosigkeit wesentlich reduziert wird.

Es muss also der Binnenmarkt gefördert werden, der aber gerade wegen der Massenarbeitslosigkeit geschrumpft ist. Im Bildungs- und Gesundheitswesen, im öffentlichen Verkehr und im Umweltschutz gibt es gewaltigen Nachholbedarf Kindergärten, Volksschulen, gute Krankenhäuser, Altenheime, Eisenbahnbau u. v. a. Das alles rechnet sich nicht für die



Profithaie', die 25 Prozent Rendite verlangen. Also brauchen wir dringend einen öffentlichen Beschäftigungssektor zur Tariflöhnen; dieser kann Millionen Menschen Arbeit bieten. Wenn alle Steuern zahlen. Rüstung und Militäreinsätze radikal gekürzt werden - wir brauchen keine weltweiten Einsätze der Bundeswehr - sind wir reich genug für die vielen inneren Aufgaben.

Es bleibt noch ein Problem: Wie verhalten wir uns zu unseren Klassengenossen in Calcutta, Bangalore, Shanghai, Mexiko? Für dieser Frage müssen wir die Antwort im Geiste internationaler Solidarität suchen. Wir dürfen Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit nicht entgegenkommen. Unsere Gegner, die uns wegen höheren Profits auf die Straße setzen, leben unter uns. Sie und die Rechtsradikalen würden sich freuen, wenn wir dem Nationalismus Konzessionen machen würden. Der Klassenfeind steht im eigenen Land.

Die Forderung, nur deutsche Produkte zu kaufen, ist nationalistisch - und völlig unwirksam. Unser Ziel ist, dass die Werktätigen anderer Länder durch organisierten Kampf einen menschenwürdigen Lebensstandard und humane Arbeitsbedingungen erreichen. Wir wollen nicht im Profitinteresse auf deren Niveau gedrückt werden. Reden wir also zuerst mit den Werktätigen der Nachbarländer in Europa und dann darüber hinaus und helfen ihnen bei diesem Prozess. Wenn mit der Industrialisierung die Produktivität dort steigt, sich Klassenbewusstsein entwickelt,

souveräne Gewerkschaften wachsen, wird der Lebensstandard in Indien, China. Brasilien allmählich steigen und sich unserem angleichen. Solange können die deutschen Werktätigen jedoch nicht warten. Wir müssen jetzt schon mit einem Aktionsprogramm eine Alternative entwerfen und diese erkämpfen.

Theodor Bergmann

Impressum:

Das Info des "Netzwerks Gewerkschaftslinker" erscheint vier mal jährlich. Beiträge sind erwünscht. Redaktionsschluss des nächsten Infos ist der 10. Dezember. Redaktionelle Kürzungen sind vorbehalten. Namentlich gezeichnete Beiträge verantworten die Autoren. V.i.S.d.P: Ewald Wehner, Bernd Riexinger, H.G.Lang, Theodor Bergmann. Kontaktadresse: Ewald Wehner, Paul-Gerhardt-Ring 15, 60528 Frankfurt/M.

Netzwerk-InfoGewerkschaftslinker Nr.7/2005

Daimler-Chrysler

NACH WIE VOR: WIDERSTAND Gegen Fremdvergaben und Billigtarife

In den DC-Werken wird seit ca. einem Jahr intensiv versucht, Beschäftigtengruppen der sog. "Dienstleistungsbereiche" aus dem Metall-Flächentarifvertrag herauszubrechen. Ziel der Unternehmensleitung ist es, Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und Lohnabsenkungen durchzusetzen, die sich unterm Strich auf 30% Lohnkürzung summieren. Im Visier sind dabei rund 6500 Kolleginnen und Kollegen. Als Hebel, um dieses Ziel zu erreichen, dient der "Ergänzungstarifvertrag Industrienahe Dienstleistungen", der diese Standardabsenkungen ermöglicht und im Juli 2004 als Teil des sog. "Zukunftsvertrags" zwischen IG Metall, Gesamtbetriebsrat DC und der Konzernspitze vereinbart wurde. Diese Vereinbarung wurde und wird von GBR und IG Metall nicht als abgepresstes Zugeständnis bezeichnet, sondern als erfolgversprechende gewerkschaftliche Strategie gegen drohende Fremdvergaben von Dienstleistungstätigkeiten an billigere externe Anbieter. Denn im Gegenzug zur geforderten 30%igen Lohnkürzung müsse sich die Firma verpflichten, die entsprechenden Bereiche (wie z.B. Küche, Kantine, Logistik, Druckerei,...) nicht fremdzuvergeben.

Dass die Übernahme der Verzichtslöge in dieser und ähnlichen Vereinbarungen keine Dämme gegen Verschlechterungen baut bzw. verstärkt, hat die Praxis der letzten Jahre zu genüge bewiesen. Die "Zukunftsvereinbarung" bei DC vom Juli 2004 selbst hat gezeigt, dass sie keineswegs Feuerlöcher-, sondern Brandbeschleuniger-Funktion hatte: eine regelrechte Welle von weiteren, z. T. schlimmeren Verschlechterungsvereinbarungen überrollte die Belegschaften und Betriebsräte in der Bundesrepublik, längst nicht nur in der Autoindustrie.

Wie wenig Schutz die damit erkaufte "Beschäftigungssicherungen" den Belegschaften bieten, zeigt derzeit augenfällig das Beispiel VW. Hatte der VW-Vorstand, ähnlich wie der von DC, noch Ende letzten Jahres in den "Standortvereinbarungen" den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen und konkrete Investitionsprojekte zugesagt, werden heute bereits wieder noch weiter gehende Opfer der Belegschaften für die bereits "bezahlten" Arbeitsplätze ver-

langt. Die Vorstände der Autokonzerne spielen Standardsenkungs-Billard über die Bande: diesmal geht der VW-Konzern voran und treibt die Spirale nach unten an. Der von den Shareholdern unter Rendite-Erhöhdungsdruck gesetzte neue DC-Chef Zetsche wird den Ball dankbar aufgreifen.

Wie kontraproduktiv diese Strategie des Verzichtens gerade auch in den sog. "Dienstleistungsbereichen" ist, wird heute schon sichtbar: externe Anbieter von Dienstleistungen zwingen ihren ohnehin schon schlecht bezahlten Beschäftigten Verzicht auf Lohn, Urlaubs- und Weihnachtsgeld auf, um im Konkurrenzkampf mit den abgesenkten Daimler-Dienstleistungstarifen besser bestehen zu können. Und es ist nur eine Frage kurzer Zeit, bis die vermeintlich vor Fremdvergabe geschützten DC-Dienstleister wieder an derselben Stelle wie heute stehen, wo es heisst: "Verzichten oder Fremdvergabe!"

Umso indiskutabler ist die Vorgehensweise der Mehrheit des Betriebsrats z.B. im DC-Werk Untertürkheim. Dort hatte sich in den Dienstleistungsbereichen, die in den Billig-Tarif gedrängt werden sollten, Widerspruch geregt, von den betroffenen Logistik-Kollegen bis zu den KollegInnen in Küchen und Kantinen. Statt auf diesen Widerspruchsgeist zu setzen und ihn zu stärken, statt breit in der gesamten Belegschaft gemeinsamen Widerstand gegen Fremdvergaben zu entwickeln und zu organisieren, betätigte sich die Betriebsratsspitze als Lautsprecher der Firma und versuchte den KollegInnen mit der Parole "Verzichten oder Fremdvergeben werden!" den Widerstandswillen auszutreiben. Gelungen ist dies allerdings lediglich im Bereich Küche/Kantine, einem eher schlecht organisierten, kampfunerfahrenen Bereich mit vielen Teilzeitbeschäftigten. Selbst dort waren massive Einschüchterungskampagnen von Firmenseite und Sekundanz der Betriebsratsvorsitzenden nötig.

Bis heute ungebrochen ist der Widerstand in den betroffenen Bereichen der Logistik. Deren Kollegen hatten bereits mit mehreren Aktionen, spektakulär u.a. auf der Betriebsversammlung im Juni, ihren Protest deutlich artikuliert. Die Unterneh-

mensleitung liess am Betriebsversammlungstag sogar die Zufahrten zur vierspurigen B10 von der Polizei absperren, weil sie befürchtete, die aufgebrachten Trucker, Staplerfahrer und Logistiker würden ihren Protest gegen Fremdvergabe und Billigtarif wieder auf die (Bundes-) Strasse tragen.

Mit den Plänen des DC-Vorstands, die Renditeerwartungen der Shareholder über Kostensenkungsprogramme von 6 Milliarden befriedigen zu können, droht in der vor uns liegenden Periode eine neue Welle von Arbeitsplatzabbau auch mittels Fremdvergaben. Und zwar beileibe nicht nur in "Dienstleistungsbereichen", sondern in der gesamten Entwicklungs- und Produktionskette.

Gebot der Stunde ist es also, in der gesamten Belegschaft Widerstand gegen Fremdvergaben, vom Produktions- bis zum Dienstleistungsbereich, vorzubereiten statt "teile und herrsche!" – jeden für sich allein sterben zu lassen. Dass dies kein Kampf auf verlorenem Posten sein muss, haben die Kollegen von Porsche bewiesen. Und kürzlich die Belegschaft von Bosch-Siemens (BSH) in Berlin, die in einer ungleich schwierigeren Ausgangslage waren.

Entsprechende Vorschläge werden bisher im Untertürkheimer Betriebsrat zwar noch niedergestimmt. So schlägt z.B. ein von IG Metall-Betriebsräten um die Betriebszeitung "Alternative" eingebrachter Antrag vor, mit einer Bereichsübergreifenden Kampagne gegen Fremdvergabe und Billigtarife einerseits und für Standardverbesserungen bei den externen Anbietern Ansätze für eine mobilisierende gewerkschaftliche Gegenstrategie vor. Dennoch wurde er von der Mehrheit der IG-Metall-betriebsräte abgelehnt. Doch die Gangart des Unternehmens wird in naher Zukunft zeigen, dass die bisher von IG Metall und Betriebsratsmehrheit getragene Strategie "Standardabsenkung zur Standort-sicherung" illusionär ist und keinen Schutz bieten kann.

Tom Adler

Betriebsrat
DC Werk Untertürkheim
Ortsvorstand IG Metall